

Schmahl, Hans-Jürgen

**Article — Digitized Version**  
**Das große Dilemma**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Schmahl, Hans-Jürgen (1971) : Das große Dilemma, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 12, pp. 620-621

This Version is available at:  
<https://hdl.handle.net/10419/134335>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## Das große Dilemma

**D**er Prozeß der konjunkturdiagnostischen und konjunkturpolitischen Meinungsbildung in der Bundesrepublik strebt seinem saisonüblichen Höhepunkt zu. Begonnen wurde der Reigen mit der Gemeinschaftsdiagnose der fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute im Oktober, fortgesetzt mit dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im November. Im Dezember schließt sich der Meinungsaustausch im Rahmen jener Runde an, die unzutreffend immer noch *Konzertierte Aktion* genannt wird – sie ist weder konzertiert noch Aktion –, und dann folgt als politisch relevanter Höhepunkt die Konzipierung des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung, der im Januar veröffentlicht wird.

Bisher liegen die Gemeinschaftsdiagnose der Institute und das Jahresgutachten des Sachverständigenrates vor, also die beiden wohl gewichtigsten Lagebeurteilungen. Sie stimmen in der Diagnose überein, konstatieren beide das fatale Nebeneinander von stagnierender Produktion und kräftig steigenden Preisen. Die Angelsachsen, die dieses Phänomen über längere Zeit für ihre Volkswirtschaften hinzunehmen hatten oder – in England – noch haben, nennen das *Stagflation*. Dieses monströse Wortgebilde aus den Begriffen „stagnation“ und „Inflation“ wird in der Bundesrepublik auf die Situation unserer Volkswirtschaft erst vereinzelt angewandt. Sicherlich nicht nur aus Gründen der sprachlichen Ästhetik, sondern auch, weil es noch sachliche Zweifel gibt. In England und den USA war das Auseinanderklaffen von Produktions- und Preisentwicklung lange genug zu beobachten, um folgern zu können, daß sich die Preisentwicklung wirklich von der Produktionsentwicklung gelöst hatte, daß die früheren Zusammenhänge nicht mehr galten. In der Bundesrepublik, wie gesagt, zweifelt man noch.

Hier hat man immer noch zu fragen, ob die Divergenz zwischen Produktions- und Preisentwicklung nicht eine Erscheinung von kurzer Dauer ist, die dem Erfahrungsbild der bisherigen Zyklen entspricht. Stets sind die Preise länger als die Produktion gestiegen, hinkten sie der Konjunktur hinterher. So weist denn auch der Sachverständigenrat darauf hin, daß es in früheren Zyklen ähnlich lange wie jetzt gedauert habe, bis der Höhepunkt der Preisentwicklung dem Höhepunkt der Nachfrage- und Produktionsausweitung gefolgt sei. Gewiß, so kraß wie jetzt war die Diskrepanz noch nie. Der stagnierenden gesamtwirtschaftlichen Produktion stand in den letzten Monaten ein Anstieg der Verbraucherpreise gegenüber, der – in diesem Tempo fortgesetzt – weiterhin 6% pro anno bedeuten würde. Doch auch das läßt sich noch erklären, auch die Stärke des Preisauftriebs ist „nicht außer Proportion zur Stärke des zurückliegenden Booms“, betont der Sachverständigenrat.

Doch die Bedenkzeit läuft bald ab. Wenn sich nicht bald eine merkliche Abflachung des Preisanstiegs vollzieht, dann wird die „time-lag“-Erklärung fragwürdig. Nun gibt es durchaus fundierte Vorstellungen – Prognosen – über die weitere Entwicklung der Preise. Sie gehen von der Annahme aus, daß sowohl Kosten- wie Nachfragetendenz zur Abflachung des Preisanstiegs im Verlaufe des Jahres 1972 führen werden. Aber auch der Sachverständigenrat, dessen Preisprognose eher etwas optimistischer als die der Institute ist, warnt: „Durch nichts ist ausgemacht, daß sich der Preisauftrieb stark genug abschwächt, um einer stabili-

tätsbewußten Politik zu erlauben, auf den so erreichten Preisstabilisierungserfolg einen neuen Aufschwung zu gründen." (Ziff. 320 JG 1971)

Mag man also die Entscheidung noch ein wenig zurückstellen, ob unsere gegenwärtige Stagflation nur ein nach Zeit und Intensität besonders ausgeprägtes Nachhink-Phänomen und kein ganz neuer Sachverhalt ist. Für den Augenblick genügt die Unsicherheit darüber. Denn sie, die ganz offensichtlich auch die Bundesregierung beschließen hat, ist eine sehr spürbare Fessel für die Konjunkturpolitik. Hätten wir heute nicht ein Anstiegstempo der Verbraucherpreise von sechs, sondern eins von drei Prozent, so wäre es die größte Selbstverständlichkeit, daß expansive Maßnahmen eingeleitet würden. So aber ist die Politik zum Abwarten gezwungen. Gegen den Preisanstieg kann sie ohnehin nichts weiteres tun, weil dann die Rezession gewiß wäre. Sie kann aber auch gegenwärtig kaum expansiv operieren, weil sie befürchten muß, damit zumindest die Abflachung des Preisauftriebs zu behindern. Selten ist das Wort „Dilemma“ so oft in der wirtschaftspolitischen Diskussion benutzt worden wie jetzt. In der Tat: dies ist ein großes Dilemma.

Nichtsdestoweniger wird sich die Wirtschaftspolitik in nicht zu ferner Zeit zur Aktivität verpflichtet fühlen, und sei es nur, weil das Abgleiten der Stagnation in eine Rezession schließlich nicht mit Sicherheit auszuschließen ist. Zwar haben weder die Institute noch der Sachverständigenrat ein solches Abgleiten prognostiziert. Doch das nicht etwa, weil sie es für ausgeschlossen hielten, sondern nur für weniger wahrscheinlich als einen etwas günstigeren Verlauf. Aber ob die Entwicklung „in eine Rezession führen, bald zum Stillstand kommen oder noch im Jahre 1972 in einem neuen Aufschwung münden wird, läßt sich gegenwärtig schwer abschätzen“ (Ziff. 213, JG 1971). Minister Schiller hat schon deutlich gemacht — d. h. zuerst verkündet und dann als „persönliche Meinungsäußerung“ abgeschwächt —, daß man jene 10 Mrd. DM einzusetzen gedenkt, die als unfreiwillige Reserve der Steuerzahler (Konjunkturzuschlag) und der Gebietskörperschaften (Konjunkturausgleichsrücklage) bei der Bundesbank stillgelegt sind. Die Bundesregierung wird wissen, daß diese Operation außerordentlich behutsam erfolgen muß, es sei denn, die Konjunktur verlief bis dahin viel ungünstiger, als bisher angenommen werden kann. Für die Behutsamkeit wird aber bis zu einem gewissen Grade auch ohne besonderes Zutun der Regierung gesorgt werden. Vieles spricht nämlich dafür, daß die meisten Rückzahlungsempfänger einen erheblichen Teil der Gelder sparen werden. Schließlich sind es nicht die Ärmsten, die den Konjunkturzuschlag aufgebracht haben. Und die Länder werden wenigstens einen Teil der Konjunkturausgleichsrücklage zur Deckung „normaler“ Ausgaben benutzen, denn die Steuereinnahmen fließen spärlicher als veranschlagt. So werden von den 10 Mrd. DM einige Milliarden gar nicht zu zusätzlichen Ausgaben führen.

Wenn eine expansive Konjunkturpolitik betrieben werden soll, dann wird die „außenwirtschaftliche Absicherung“ zum wichtigen Aktivposten der Stabilisierungsbemühungen. Der stabilisierende Beitrag des gestiegenen Wechselkurses der DM wird zwar weithin verkannt, doch ist er durchaus meßbar. Und daß der „floatende“ Kurs Druck auf die Dispositionen ausübt, wird in den entsprechenden Klagen der Betroffenen deutlich. Darauf ist natürlich um so weniger zu verzichten, als jede Intervention der Konjunkturpolitik zugunsten von Beschäftigung und Wirtschaftswachstum angesichts des aufgezeigten Dilemmas erhöhte Gefahr für die Stabilität bedeuten würde. Wer Stabilisierungsbemühungen ernst nimmt, kann daher nicht gut für eine faktische Wiederabwertung („Refloating“) der DM votieren. Dazu gibt es um so weniger Grund, als der deutsche Export nicht bedroht ist. (Wobei man unterstellen kann, daß Bundesregierung und Bundesbank ihre Absicht realisieren werden, einen noch weiteren Anstieg des durchschnittlichen Aufwertungssatzes zu verhindern.) Auch 1972 wird die Ausfuhr sowohl nach der Prognose der Forschungsinstitute als auch des Sachverständigenrates steigen. Sicherlich sieht das für manche Waren in manchen Bestimmungsländern anders aus. Doch das kann kein Grund für einen niedrigeren Wechselkurs sein, ebensowenig wie man das ganze Zinsniveau senken würde, um einzelne Investitionen zu fördern. Anders als früher ist heute, in der Situation des großen Dilemmas unserer Konjunkturpolitik, die Lage an der „außenwirtschaftlichen Flanke“ einer der wenigen Lichtblicke weit und breit.